

Zwischenruf

Liebe C-Familie, es ist höchste Zeit für einen historischen Entscheid

Der Verfassungsrat will das Proporzverfahren bei Staatsratswahlen einführen. Das ist Schwachsinn. Nur die Mitte kann den Majorz noch retten.

Der Verfassungsrat hat sich für einen Paradigmenwechsel entschieden. Der Staatsrat soll künftig im Proporzverfahren gewählt werden, mit Listenverbindungen. Es ist ein Wechsel von Kopf- zu Parteiwahlen. Inklusive drohender Kandidatenflut und Listenschwemme.

Nur: Das Proporzverfahren bei Staatsratswahlen ist Schwachsinn.

Das unübersichtliche Prozedere, in dem die Wählerstimmen an Parteien gegeben werden statt an Kandidaten, droht zu einer demokratischen Dunkelkammer zu verkommen. Zu einem Überraschungsei, aus dem statt Spielzeug die Mitglieder der Regierung schlüpfen. Das ist dem Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen abträglich.

Dazu kommt das Problem mit den Sitzgarantien. Sie sind zwar auch beim Proporz möglich, bergen aber massenhaft regionalpolitischen Zündstoff. Und zwar dann, wenn die Resultate im Nachhinein korrigiert werden müssen, weil aus einer der drei Regionen kein Kandidat gewählt wird. Ein legitim gewählter Kandidat müsste seinen Sitz dem nächstbesten Parteikollegen aus der nicht vertretenen Region abtreten. Oder gar dem bestgewählten Kandidaten der Region ohne Sitz?

Zu viele Fragen bleiben offen.

Deshalb braucht das Wallis Staatsratswahlen im Majorzverfahren. Dafür haben sich im Verfassungsrat nur die Fraktionen der C-Familie (oder Mitte-Familie?) geschlossen ausgesprochen und eine Hand-

voll Verfassungsräte von links bis rechts. Die Mehrheit wollte den Proporz und argumentierte mit einer besseren Vertretung der politischen Kräfte in der Regierung. Obwohl das Stimmvolk dies mit der Nichtwahl von Serge Gaudin 2021 bereits erledigt hat. Die Rückkehr zur absoluten Mehrheit ist auch grundsätzlich höchst unwahrscheinlich. Die C-Familie sah darin vor allem einen «Anti-C-Reflex» und die Quittung für alte, unbeglichene Rechnungen.

Mit dieser Einschätzung hat sie recht.

Nun muss die C-Familie handeln. Nur sie kann das Majorzverfahren noch retten. Dafür ist ein mutiger und historischer Entscheid gefragt. Nach dem Vorbild der CVP Freiburg.

1981 hatte die CVP in Freiburg seit 125 Jahren die absolute Mehrheit in der Regierung. Sie spürte aber den Wandel der Zeit – in der Gesellschaft und seit Jahrzehnten real in den politischen Behörden: 1966 verlor sie die absolute Mehrheit im Grossen Rat, 1979 wurde ihre Hegemonie im Ständerat gebrochen.

Im Januar 1981 stimmte die Freiburger Bevölkerung zudem über eine Volksinitiative ab, die den Proporz bei Staatsratswahlen einführen wollte. Die SP hatte die Initiative lanciert. Sie wollte damit die Macht der CVP brechen. Das Stimmvolk verwarf die Initiative knapp. Doch die CVP war gewarnt. Und reagierte selbst, bevor es zu spät war.

Am 19. November 1981, an der Delegiertenversammlung der Kantonspartei in Ta-

fers, französisch Tavel, sagte alt Parteipräsident Martin Nicoulin: «Ouvrons les yeux! Il faut tourner la page avant que d'autres nous forcent à la tourner!» Zu Deutsch in etwa: «Verschliessen wir den Blick nicht vor der Realität! Wir müssen ein neues Kapitel aufschlagen, bevor wir dazu gezwungen werden!»

An dieser historischen Versammlung beschloss die CVP den Verzicht auf die absolute Mehrheit in der Regierung – solange sie keine absolute Mehrheit im Parlament hat. Mit einer überdeutlichen Mehrheit von 218 zu 33 Stimmen. Freiwillig und erhobenen Hauptes. Der Entscheid ging als «esprit de Tavel» in die Geschichtsbücher ein.

Nun müssen Joachim Rausis, Franziska Biner und Marie-Claude Schöpfer über ihren ei-

genen Schatten springen und ihre Parteien vom Vorhaben überzeugen, es der Freiburger CVP gleichzutun: Erklärt sich die Walliser C-Familie dazu bereit, künftig auf die absolute Mehrheit im Staatsrat zu verzichten, verliert der Proporz seinen Reiz, die Befürworter ihre Argumente. Es wäre ein mutiger Schritt.

Werter Joachim Rausis, werte Franziska Biner, werte Marie-Claude Schöpfer: Es ist Zeit für den «esprit de Salquenen»!



Adrien Woeffray
a.woeffray@mengisgruppe.ch

Va Bärz und Tal

Von Putsch und Profit

So innovativ der Solar-Hype auch ist: Er lässt (noch) viele Fragen offen – und Sprichwörtliches befürchten.

Mit gebührend medialer Begleitmusik hat kürzlich die «Lex Rieder/Noser» temporeich die parlamentarischen Hürden genommen. Der Bau von Solar-Freiflächenanlagen wird demnach, mindestens in den nächsten drei Jahren, befreit von lästigen Vorschriften, faktisch uneingeschränkt möglich sein. Im Wettlauf um die Subventions-Milliarden des Bundes und die profitträchtigsten Solar-Standorte gilt das ungeschriebene Gesetz: Der Schnellere ist der Geschwindere.

Der Solothurner Ständerat Roberto Zanetti, ehemals Präsident der energieabhängigen Stahlwerk-Gemeinde Gerlafingen und aktuell oberster Schweizer Fischer, brandmarkte den Vorgang als «umweltrechtlichen Putsch». Die pointierte Kritik des SP-Mannes ist nicht falsch. Wobei ein Putsch nicht partout etwas Negatives sein muss, wenn nicht gerade Generäle mit Gewalt die Demokratie niederknüppeln lassen. Die Nelkenrevolution 1974 in Portugal ist ein Beispiel, dass die Herstellung einer neuen Ordnung und anderer Machtverhältnisse durchaus gewinnbringend und nachhaltig sein kann.

Womit wir bei der Frage wären: Wird der Putsch von Rieder und Noser gewinnbringend und nachhaltig sein? Wird das Berggebiet einen bleibenden Nutzen haben und nicht wieder nur Landschafts-Lieferant sein? Lernen wir aus den Fehlern der Vergangenheit, als wir uns quasi für ein Linsengericht untertänigst für Schiess- und Flugplätze, Kraftwerke und Bergbahnen grossflächig enteignen liessen? Die bis jetzt präsentierten Projekte Grengiols, Gondo und Vispertal Solarversprechen die helle Sonne vom Himmel. Selten einmal – so scheint es im wahrsten Sinne des Wortes – ka-

men Kapitalismus und Ökologie so harmonisch Hand in Hand daher. Jedenfalls sind die Vorhaben so beeindruckend, dass man kaum mehr wagt, kritische Fragen zu stellen.

Liebe Leserinnen und Leser, müssten wir nicht jetzt, um frei einen deutschen Dichter und Denker zu zitieren, statt auf alles eine Antwort zu geben, eine Liste von Fragen stellen, die ungelöst erscheinen?

Es sind Fragen wie:

Müsste bei aller energiepolitischen Dringlichkeit, oder gerade darum, am Anfang nicht eine öffentliche Debatte und verbindliche Beschlüsse auf Gemeindeebene stehen?

Liegen die arg an die Wand gedrückten Grünen falsch, wenn sie verlangen, dass Solar-Freiflächenanlagen vorrangig in bereits verbauten und verbrauchten Berg-Landschaften platziert werden?

Hat das Wallis als Wasser- und Sonnenkraft-Kanton Nummer eins mit nachgewiesenem Potenzial überhaupt eine Strategie, ein Konzept, geschweige denn eine Struktur, um sich im hyperventilierenden Solar-Markt als massgebender Akteur zu behaupten?

Laufen wir, wie vor Jahrzehnten bei der Vergabe der Wasserrechts-Konzessionen, nicht wieder Gefahr, dass angesichts der Milliarden-Projekte am Ende erneut die ausserkantonalen Konzerne im Verbund mit Kantonen und Städten das Sagen haben und den Profit abschöpfen?

Wie erbärmlich ist es, dass ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt die Zuständigkeit für das Solar-Dossier

vom Energiedepartement in das in allen Belangen überforderte Baudepartement weitergereicht wird?

Verfügen wir über die griffigen Gesetze, die sicherstellen, dass die Gesellschaften im Mehrheitsbesitz des Wallis und seiner Gemeinden bleiben, in Zukunft die Gewinne am Ort der Produktion und nicht an den mittelländischen Sitzen versteuert werden und folgeschwere Ausverkäufe verhindert werden können?

Wo ist bisher ausser in der Ständeratsmotion Z'Graggen geschrieben, dass es für die Standortgemeinden einen Solarzins gibt?

Sind unsere vor verzettelten, an politischer Inzucht kränkelnden regionalen Stromverteiler zu mehr in der Lage, als jährliche GV-Zvieri mit Gemeindepräsidenten-Fotos zu arrangieren?

Bräuchten wir neben den Mega-Projekten nicht ein austariertes Konzept kleinerer, kantonal verteilter Solar-Freiflächenanlagen, die regional gestemmt und mit anderen Nutzungen, etwa bei der künstlichen Beschneidung und der landwirtschaftlichen Bewässerung, kombiniert werden könnten?

Bei so vielen Fragen ist zu befürchten, dass wir uns sprichwörtlich treu bleiben: Walliser Rat kommt nach der Tat!



Beat Jost
1954, ist in Obergesteln aufgewachsen und lebt in Albinen.
bjc.jost@bluewin.ch

Kolumne

Ein Schimpf- wird zum Kultwort

Was heisst eigentlich «queer» und wie wurde QueerWallis durch den Vereinsnamen zum Vorbild anderer LGBTQIA*-Vereine?

QueerWallis war einer der ersten LGBTQIA*-Vereine, welcher im Vereinsnamen das Wort «queer» einbaute. Durch dieses öffnete sich der Verein für alle Menschen der LGBTQIA*-Community und wurde somit zum Vorbild vieler nachfolgender Organisationen.

Aber was heisst überhaupt «queer» und wie wurde es vom Schimpfwort zum Kultwort?

Das «Q» in der Buchstabenfolge LGBTQIA* kann sowohl für «questioning» (Deutsch: fragend) oder eben auch für «queer» stehen. Das Wort «queer» ist Englisch und wird als Sammelbegriff für Menschen gebraucht, welche nicht heterosexuell und cisgender sind. Es gibt kein deutsches Äquivalent dazu, weshalb auch wir im Deutschen diesen Begriff verwenden.

Ursprünglich bedeutet «queer» im englischen Sprachraum so viel wie eigenartig, schräg, sonderbar und wurde damals als abschätzende Bezeichnung, vor allem für Homosexuelle, verwendet.

Die meisten Begriffe der LGBTQIA*-Community haben ihren Ursprung als Schimpfwörter oder als pathologische Begriffe, mit welchen queere Menschen kriminalisiert und systematisch unterdrückt wurden.

Denn queer zu sein, wurde früher als «Krankheit» bezeichnet.

So wurde «queer» damals in den USA, wie das Wort «schwul» im Deutschen, als Schimpfwort gebraucht. Jedoch

wandte sich Mitte der 1990er-Jahre der Begriff «queer» ins Positive, indem er von nicht-hetero-cisgender Menschen selbst gebraucht wurde und dadurch das sogenannte «reclaiming» (Deutsch: zurückverlangen, zurückfordern) stattfand.

Der Start dieses Wandels fand bereits Ende der 1980er- und Anfang 1990er-Jahre statt, und zwar in der LGBTQIA*-Community der Schwarzen- und Latino-Communities der Grossstädte in den USA.

Aus dieser Grundlage entwickelte sich «queer» zu einer Sammelbezeichnung mit politischer und wissenschaftlicher Bedeutung. Dies widerspiegelt sich im politischen Aktivismus sowie in verschiedenen Denkrichtungen und Theorien.

Judith Butler zählt wohl im deutschsprachigen Raum als eine*r der bekanntesten Queer-Theories- und Gender-Studies-Philosoph*innen.

Doch warum brauchen wir immer noch die Buchstabenfolge LGBTQIA*, wenn doch das Wort «queer» eine so allumfassende und politische Bedeutung sowie Anklang in der Wissenschaft hat?

Grund dafür ist, dass es in der LGBTQIA*-Community Menschen gibt, die sich mit diesem Wort nicht abfinden können. Da es für sie zum Teil immer noch als Schimpfwort gebraucht wird oder für sie die unklare Definition nicht passt.

Trotzdem erlangt das Wort «queer» als Überbegriff sowie

als Selbstbezeichnung immer mehr an Beliebtheit und auch an politischer Kraft.

Ist es nicht schön zu sehen, wie das Wort «queer» aus einem Schimpfwort, zur eigenen Identität mithilfe der Wissenschaft, der Politik und des Aktivismus, zu einem heutigen Kultwort wurde?



Alessandra Zenklusen
1990, wohnt in Steg. Sie ist Co-Präsidentin von QueerWallis.
alessandra@queerwallis.ch